

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Rückwirkende Krankenkassenbeiträge abschaffen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass Nichtversicherte, die Mitglied einer Krankenversicherung werden wollen, keine rückwirkenden Beiträge für den Zeitraum bezahlen müssen, in dem sie seit Eintreten der Versicherungspflicht ohne Krankenversicherung waren.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Wer vor dem 01.08.2013 als Nichtversicherter einer Krankenversicherung beitreten wollte, musste für den Zeitraum ohne Krankenversicherung seit Beginn der Versicherungspflicht rückwirkend Beiträge bezahlen. Das führte in vielen Fällen zu einer immensen Verschuldung. Am 01.08.2015 trat das Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung in Kraft. Darin war geregelt, dass diejenigen, die sich bis zum 31.12.2013 bei einer Krankenkasse meldeten, alle Beitragsschulden und Säumniszuschläge, die zwischen Eintritt der Versicherungspflicht und der Begründung der Mitgliedschaft anfielen, erlassen bekamen.

Es waren jedoch nur wenige Betroffene, die das Angebot annahmen. Immer noch sind schätzungsweise 127.000 Menschen in Deutschland ohne Krankenversicherung.

Um diesen Zustand zu beenden, wäre es an der Zeit, rückwirkende Beiträge endgültig abzuschaffen, die ohnehin nur eine Bereicherung der Krankenkassen ohne jede Gegenleistung darstellen.